



Medienmitteilung der Grünen Stadt Uster

Und noch einmal – ein weiteres unnötiges Defizit

Uster, 22. April 2016 – Erneut hat die Stadt Uster es verpasst, die eigene finanzielle Situation zu stärken und fährt ein weiteres Defizit von über 7 Mio. ein. Tendenziell verschlechtern sich die Jahresergebnisse seit 2008, während die Verschuldung in den letzten beiden Jahren rasant zunimmt. Ständig zu optimistisch eingeschätzte Steuereinnahmen und ein sehr tiefer Selbstfinanzierungsgrad lassen für die Zukunft nichts Gutes erwarten. Es zeigt sich je länger je mehr, dass die stadträtliche Tief-Steuerstrategie nicht nachhaltig ist.

Die Schuldenentwicklung ist beängstigend. Innert zwei Jahren stiegen die Schulden um 125% an, das ist mehr als eine Verdoppelung der Schuldenlast! Und so soll es nach dem Willen des Stadtrates munter weitergehen. Statt – wie in den eigenen finanzpolitischen Zielen festgehalten – pro Einwohner/in ein Nettovermögen von +/- 1'500.- Franken auszuweisen, rasen wir in eine Nettoverschuldung pro Einwohner/in. Das angesichts der tiefen Zinsen eine Verschuldung akzeptabel ist, wie es der Stadtrat erwähnt, mag auf den ersten Blick einleuchtend sein – langfristig bürden wir aber einfach die Kosten von heute kommenden Generationen auf.

Uster steht finanzpolitisch nicht so rosig da, wie es uns der Stadtrat glauben machen will. Er gibt selber zu, dass der Selbstfinanzierungsgrad mit 27% sehr tief ist. Da ging die Exekutive in der Vergangenheit von deutlich höheren Werten aus.

Der Wertverlust bei der Strassen-Infrastruktur betrug 2015 fast eine Million. Stattdessen war die Vorgabe klar, die Wertverluste der vorangegangenen Jahre sollten endlich ausgeglichen werden.

Einsparungen beim Personal erkaufte sich der Stadtrat mit der zunehmenden Anstellung von temporären Arbeitskräften. Eine Entwicklung, die die Grünen nicht akzeptieren. Die Stadt muss eine verlässliche Arbeitgeberin sein. Mit der genannten Entwicklung gerät die Stadt selber ins Fahrwasser des trendigen, aber nichtsdestotrotz falschen hire-and-fire.

Und im Bereich Soziale Sicherheit sind zunehmend mehr Mittel notwendig. Sowohl bei Invaliden wie bei Betagten steigen die Kosten pro Fall. Und es mutet schon fast makaber an, dass der Stadtrat Aufwandsteigerungen im Sozialbereich mit "*im Vergleich zu den Vorjahren tiefen Anzahl Todesfälle*" begründet – wie wenn er noch nie vom Thema der Überalterung der Gesellschaft und deren Folgekosten gehört hätte.

Uster verfügt auch weiterhin über ein sehr günstiges Parlament. Der Aufwandüberschuss von 54'000.- Fr. kann allein mit dem Mehraufwand in Rechtshilfeverfahren (juristische Unterstützung bei mehreren Rekursverfahren) von 76'000.- Fr. begründet werden.

Etwas Positives soll doch noch vermerkt werden. Neu hat der Stadtrat im NPM-Bericht eine Rubrik "Velostadt Uster" eingeführt, in der Verbesserungen im Bereich Veloverkehr dargelegt werden. Ein kleiner Hoffnungsschimmer...

Weitere Informationen:

Patricio Frei, Fraktionspräsident Grüne, 076 520 24 66